

Im Blickpunkt

von Dr. Heino Klingen

Uns geht es besser als wir denken

Deutschland geht es gut – so gut wie noch nie. Und es wird noch besser: In diesem Jahr werden wahrscheinlich nochmals über eine halbe Million Menschen mehr arbeiten als 2016. Jeder weitere, der in Beschäftigung kommt, trägt dazu bei, dass das Wachstum anzieht, die Sozialversicherungssysteme gestärkt und die Steuereinnahmen weiter sprudeln werden. Deshalb ist es auch nur recht und billig, wenn bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Aufschwung im Portemonnaie ankommt – nicht einmalig, sondern nachhaltig. Der Anfang dazu ist gemacht. Die vergangenen drei Jahre bescherten den Beschäftigten bereits einen realen Kaufkraftzuwachs von über sechs Prozent. Und die derzeit gute Konjunktur und der zunehmende Fachkräftemangel sprechen dafür, dass diese Entwicklung vorerst anhält. Mehr Arbeit, steigende Einkommen: Man muss schon weit zurückgehen, um eine vergleichbare Situation in der bundesrepublikanischen Wirtschaftsgeschichte zu finden.

Die Menschen spüren das. Sie sind zufrieden mit ihrem Leben. In einer repräsentativen Langzeitstudie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin verorten sie sich mit einem Wert von 7,6 Punkten im oberen Viertel der von null bis zehn reichenden Zufriedenheitsskala. Damit zeigen sich die Deutschen derzeit so zufrieden mit ihrem Leben wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr.

Vor diesem Hintergrund mutet es schon seltsam an, dass in letzter Zeit wieder vermehrt davon die Rede ist, dass unsere Gesellschaft tief gespalten sei. Dass es in ihr nicht gerecht zugehe und dass letztlich sogar ein „blutiger Zusammenbruch der Gesellschaft“ (Martin Schulz) drohe. Gemach – möchte man da sagen. So schnell schießen die Preußen nicht! Trotzdem: Auch wenn dahinter viel Wahlkampfgetöse steht, so trifft die Wahrnehmung doch den Nerv vieler Menschen in unserem Land: Rund 85 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass die Einkommensunterschiede in Deutschland zu groß sind.

Das gibt zu denken. Zum einen weil die meisten Menschen, wenn sie nach ihrer eigenen Lage befragt werden, sich überwiegend positiv über ihren Lebensstandard äußern; sie aber nicht glauben, dass es anderen ähnlich gut geht. Zum anderen

weil das Unbehagen sich gerade jetzt Bahn bricht, obwohl sich seit über zehn Jahren die Einkommensschere zwischen Arm und Reich allmählich wieder schließt. Da passt also einiges nicht zusammen.

Mit Wachstum Abstiegsängste bekämpfen

Es ist deshalb zu begrüßen, dass der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung auf diese Widersprüche eingeht. Zum Kontrast zwischen der tatsächlichen und gefühlten Verteilung heißt es darin, dass die Wahrnehmung der Bevölkerung über eine stark gestiegene Armut und soziale Ungleichheit „anhand messbarer statistischer Daten – etwa anhand der Armutsrisikoquote – so nicht bestätigt werden“ kann. Dieses Eingeständnis ist nicht nur bemerkenswert, weil es aus dem Hause Nahles kommt, sondern auch, weil es den Weg weist für eine weiterführende und fruchtbare Diskussion. Denn dass insbesondere in der Mittelschicht, die selbst gar nicht von Armut betroffen ist, Sorgen und Ängste vorhanden sind, dürfte unbestritten sein. Diese sind aber eher psychologischer als ökonomischer Natur. Nicht Sorgen über das eigene Auskommen, sondern über das weitere Fortkommen im Zeichen der zunehmenden Digitalisierung treibt die Mittelschicht um. Vor allem aber scheint Vielen der über Generationen gehegte Traum, dass es den eigenen Kindern einmal besser gehen soll, ausgeblüht. Kein Wunder, dass deshalb insbesondere jene, die es in ihrem Leben zu etwas gebracht haben, mit gemischten Gefühlen in die Zukunft blicken. Schlagzeilen über drohende Altersarmut, für die es faktisch keine Belege gibt, tun dann ein Übriges, um Abstiegsängste zu verstärken.

Das zu wissen ist wichtig für die Politik, um die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Mehr Umverteilung gehört nicht dazu. Denn damit lassen sich die Abstiegsängste nicht vertreiben. Dazu bedarf es stattdessen einer Politik, die die Wachstumskräfte stärkt und Wohlstand für alle schafft. Dass dieser fair verteilt werden muss, steht außer Frage. Noch wichtiger ist allerdings, dass die Wirtschaft floriert. Denn das ist immer noch der stärkste Hebel, um Zukunftsvertrauen zu erzeugen und den überall im Land zu spürenden Unmut zu lindern – auch wenn dieser eher einem Phantomschmerz gleicht.

